

**141. Beilage im Jahre 2022 zu den Sitzungsberichten  
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

**Selbstständiger Antrag**

**Beilage:** 141/2022

An das  
Präsidium des  
Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Bregenz, am 17. November 2022

**BETREFF: Beste Unterstützung für Frauen und Familien in Vorarlberg –  
ein JA zum Kind bestmöglich fördern!**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Vorarlberg hat die Zielsetzung „Chancenreichster Lebensraum für Kinder“ zu werden. Damit dieses Ziel auch erreicht wird, brauchen besonders Familien entsprechende Rahmenbedingungen, die u.a. auch ein JA zum Kind ermöglichen.

Die öffentliche Diskussion rund um Schwangerschaftsabbrüche ist ein Dauerbrenner. Aktuell ist in Vorarlberg die Diskussion aufgrund der bevorstehenden Pensionierung eines Gynäkologen entflammt und stellt uns auch landespolitisch vor Herausforderungen.

Dabei ist für uns klar, dass es Aufgabe der Politik ist, schwangere Frauen bestmöglich zu unterstützen und ungeborenes Leben mit allen notwendigen Mitteln zu schützen.

Eine ungeplante Schwangerschaft stellt Frauen und Familien oft vor große Herausforderungen und ein Abbruch scheint oftmals in einer aussichtslos erscheinenden Situation der einzige Weg. Doch gerade in dieser schwierigen Lebenssituation brauchen Frauen und Paare eine Beratung und eine Unterstützung, die sie auch ermutigen und ihnen einen Weg aufzeigen, der ein „JA zum Leben“ ermöglicht. Unser politisches Ziel ist und bleibt es, Mut zum Kind und Mut zur Familie zu machen und diese zu stärken.

Wir sind alle gefordert, Maßnahmen zu setzen, die Frauen und Familien ein gutes Leben mit Kindern ermöglichen, damit die Würde des Menschen von Beginn an gewahrt und gleichzeitig das Recht der Frauen auf Gesundheit und körperliche Unversehrtheit gewährleistet ist.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

## **A N T R A G**

### **Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:**

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht,

- 1) dafür zu sorgen, dass Frauen bzw. Paare in Vorarlberg vor einem Schwangerschaftsabbruch eine verpflichtende kostenlose psychosoziale Beratung in Anspruch nehmen – unabhängig von der ärztlichen Aufklärung und Beratung. Dabei soll eine vorgegebene Wartezeit zwischen der ersten Beratung und dem Abbruch festgelegt werden;
- 2) das Netz an Familien-Beratungsstellen in Vorarlberg flächendeckend – insbesondere auch im ländlichen Raum - auszubauen und das Personal entsprechend zu schulen;
- 3) im Rahmen der landesrechtlichen Möglichkeiten eine anonymisierte ärztliche Meldepflicht zur Statistik und Motivforschung von Schwangerschaftsabbrüchen in Vorarlberg einzuführen und dem Landtag jährlich einen Bericht vorzulegen;
- 4) im Rahmen eines gesunden und umfassenden werteorientierten Sexualkundeunterrichts die Eigenverantwortung von jungen Menschen für ihr Sexualleben zu stärken. Projekte, Vorträge und sexualpädagogischen Angebote an den Vorarlberger Schulen sollen altersgerecht von qualifizierten Anbietern insbesondere hinsichtlich Verhütung und Prävention von ungewollten Schwangerschaften ausgebaut werden;
- 5) für das Projekt „love.li“ mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
- 6) Bewusstseinsbildende und fördernde Maßnahmen für die Möglichkeit der Pflege-Elternschaft und der Adoption in Vorarlberg zu setzen;
- 7) bei der Bundesregierung für eine anonymisierte bundesweite ärztliche Meldepflicht von Schwangerschaftsabbrüchen einzutreten.“

LAbg. Nicole Hosp  
FPÖ-Frauensprecherin

LAbg. Andrea Kerbleder  
FPÖ-Familiensprecherin

**Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 1. Sitzung im Jahr 2023, am 1. Februar, den Selbstständigen Antrag, Beilage 141/2022, mit den Stimmen der VP-, SPÖ- und NEOS-Fraktion sowie der Fraktion Die Grünen mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ und der fraktionslose Abg. Hopfner).**

**Hinweis: siehe auch Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 6/2023**